

Den Weg zur Abschaffung beschreiten

Atomwaffenverbotsvertrag: ICAN bekommt den Friedensnobelpreis

Internationale Demokratie und Multilateralismus in der UN haben mit dem Atomwaffenverbot einen wichtigen Meilenstein erreicht. Damit könnten die Tage der nuklearen Abschreckung und somit die Macht der Wenigen über die Mehrheit gezählt sein. Der Friedensnobelpreis für ICAN stärkt die Anti-Atomwaffen-Bewegung.

Das Verhalten wütender Staatschefs wie Donald Trump und Kim Jong-un ist beängstigend. Gleichzeitig ermöglicht es uns, die Grenzen der nuklearen Abschreckung endlich zu begreifen. Der Androhung, ein „Feindesland“ komplett auszulöschen, was nur mit Atomwaffen möglich ist, müssen wir das Völkerrecht entgegensetzen. Militärische Mittel sind keine Antwort auf solche Drohungen. Die einzige sinnvolle Antwort der internationalen Gemeinschaft ist es, solches Verhalten zu ächten. Bisher sind sich darin „nur“ die Länder einig, die Atomwaffen als Mittel der Politik ohnehin ablehnen. Um einen Durchbruch zu erreichen, müssen Staaten wie Deutschland sich beteiligen, die zwar auf dem Papier auf Atomwaffen verzichten, in der Realität jedoch die Politik der Abschreckung aufrechterhalten. Erst wenn diese Länder teilnehmen, können die Atomwaffenstaaten isoliert und ein Paradigmenwechsel vollzogen werden.

Am 20. September 2017 wurde der Verbotsvertrag in den Vereinten Nationen feierlich zur Unterzeichnung eröffnet. 53 Staaten haben bisher unterzeichnet, drei Parlamente haben den Vertrag sogar schon ratifiziert. ICAN-Direktorin Beatrice Fihn hielt bei der Eröffnungszeremonie eine Rede: „Wir erleben am heutigen Tag, wie das Völkerrecht den Massenvernichtungswaffen die Stirn bietet, indem es den Einsatz, den Besitz und die Entwicklung von Atomwaffen verbietet.“ Sie verglich den Prozess mit anderen bahnbrechenden Umbrüchen wie der Abschaffung der Sklaverei oder dem Wahlrecht für Frauen, die anfänglich keinen Konsens in der Gesellschaft hatten. „Fortschritt geschieht nicht, wenn alle so weit sind, sondern muss erkämpft werden. Jemand muss den Mut haben und den Weg als erster beschreiten“. In Oslo muss jemand diese Rede gehört haben. Nur kurze Zeit später, am 6. Oktober 2017, wurde bekanntgegeben, dass ICAN den Friedensnobelpreis erhält: Für die Arbeit, auf die katastrophalen humanitären Folgen des Einsatzes von Atomwaffen aufmerksam zu machen

und für ICANs bahnbrechende Bemühungen um einen Verbotsvertrag. In seiner Begründung hob das Nobelkomitee hervor, dass die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen größer ist als zur Zeit des „Kalten Krieges“, insbesondere wegen der laufenden atomaren Aufrüstung und der verstärkten Gefahr der Proliferation.

Das Komitee machte deutlich, dass Atomwaffen eine fortwährende Bedrohung für die Menschheit und alles Leben auf der Erde darstellen. Darüber hinaus hob es das mit einem Einsatz von Atomwaffen verbundene menschliche Leid hervor. Die Kampagne habe dazu beigetragen, die Lücke eines gesetzlichen Verbotes von Atomwaffen zu schließen und mit ihrer Arbeit der Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt neues Leben eingehaucht. Darüber hinaus betonte das Komitee, dass als nächster Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt die Atomwaffenstaaten in den Prozess eingebunden werden müssen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN versteht das Nobel-Komitee daher auch als Aufruf an diese Staaten, Verhandlungen zur Abschaffung der Atomwaffen einzuleiten. Berit Reiss-Andersen, Mitglied des Nobel-Komitees, sagte nach ihrer Rede, das Komitee wolle die norwegische Regierung ermutigen, ihrer Verpflichtung unter dem Atomwaffensperrvertrag nachzugehen und den Verbotsvertrag zu unterstützen.

In Italien erhielt ICAN kurz darauf den „Golden Doves Award“. Danach wurde Susi Snyder von ICAN im italienischen Parlament von allen politischen Fraktionen empfangen. Seitdem konnten ICAN-Partnerorganisationen in Italien mehr als 200 Abgeordnete für den weltweiten parlamentarischen Aufruf für ein Atomwaffenverbot gewinnen.

Nach der Bundestagswahl sind deutsche PolitikerInnen mit der Neubildung der Bundesregierung beschäftigt. Aufgrund des Friedensnobelpreises haben wir mehr Einfluss gewonnen und durch



MENSCHENKETTE GEGEN ATOMWAFFEN
AM 18. NOVEMBER 2017 IN BERLIN

die Weltlage mehr Aufmerksamkeit für das Thema. Aber das ist keine Garantie dafür, dass wir es schaffen, die Unterstützung für ein Atomwaffenverbot in den kommenden Koalitionsverhandlungen einzubringen. Zwar hatten die Grünen uns nach der Bekanntgabe des Friedensnobelpreises lautstark ihre Unterstützung zugesichert, aber die FDP ruderte bezüglich des Abzugs der US-Atomwaffen zurück und nahm gemeinsam mit der Union eine eher ablehnende Position ein. Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche ist noch völlig offen, mit welchen Parteien wir es bei unserer Lobbyarbeit für einen deutschen Beitritt zum UN-Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen künftig zu tun haben werden.

Steffen Seibert hatte ICAN im Namen der alten Bundesregierung per Twitter zum Friedensnobelpreis gratuliert. ICAN Deutschland antwortete mit der Frage, wann die Bundesregierung dem Vertrag beitreten würde. In der Bundespressekonferenz kam gleich die Antwort: „Solange es Staaten gibt, die Europa mit Atomwaffen drohen würden, setzt Deutschland bei der Verteidigung auf die nukleare Abschreckung.“ Das ist eine neue Lesart des NATO-Mantras „solange Atomwaffen existieren, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben“. Aus dieser Schleife kommen wir nur schwer heraus – außer durch ein Ereignis, das wachrüttelt.

Der Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland wurde durch Fukushima eingeleitet. Oft höre ich die Meinung, dass ein Atomwaffeneinsatz ein ähnliches Umdenken mit sich bringen könnte. Darauf mag ich nicht setzen, weil eine solche Katastrophe nicht nur hohe Kosten für Mensch und Umwelt hätte. Es besteht das reelle Risiko, dass der Einsatz einer Atomwaffe in einen Atomkrieg mündet, der die Welt an den Abgrund bringen würde. In letzter Zeit ist öfter die Rede davon, dass die MitarbeiterInnen im Weißen Haus alle Hände voll zu tun haben, den Präsidenten vom roten Knopf fernzuhalten. Im Ausschuss des US-Senats wurde deshalb Mitte November zum ersten Mal seit mehr als vier Jahrzehnten darüber beraten, ob die Autorität des US-Präsidenten zur Anordnung eines Atomwaffenangriffs geändert werden sollte. Mehrere Senatoren äußerten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Präsidenten.

Deswegen ist es an der Zeit, dass die IPPNW zu ihrer Uraufgabe zurückkehrt: der Verhinderung des Atomkriegs. Die alten Ängste kommen wieder – oder in der jüngeren Generation zum ersten Mal – hoch. Wir müssen auf die Straße gehen und uns an die Politik wenden mit der Aussage: Die nukleare Abschreckung schützt uns nicht, sondern gefährdet die Menschheit. Sie führt in eine immer schärfer werdende Eskalationsspirale von Drohungen, die mit Militärübungen, Überflügen mit Atomwaffenträgersystemen, Raketen- und Atomtests glaubwürdig gemacht werden. Die Schwelle zum Einsatz von Atomwaffen wird durch deren „Modernisierung“ kleiner. Der Verbotsvertrag ist das Stoppschild, das wir hochhalten können. Deutschland muss dieses Schild in die Hand nehmen und zusammen mit der Staatenmehrheit und der Mehrheit der eigenen Bevölkerung gegen die Gefahr aufstehen.

Am 10. Dezember 2017 wird der Friedensnobelpreis verliehen. Das ist ein Tag zum Feiern – und das werden wir auch tun. Gleichzeitig ist dieser Tag aber auch eine Chance, unsere Nachricht auf die Straße und in die Medien zu bringen. Die IPPNW hat deswegen dazu aufgerufen, am 9. und 10. Dezember 2017 bundesweit Solidaritätsveranstaltungen zu organisieren. Mehrere Mitglieder sind bei den Feierlichkeiten in Oslo dabei. Bei Public Viewings können wir nicht nur an der Zeremonie teilnehmen, sondern diesen Moment auch mit der Öffentlichkeit teilen und weiter über die Gefahr von Atomwaffen aufklären. Dabei haben wir mit dem UN-Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen die Lösung in der Hand. Wir müssen nur den Weg zur völkerrechtlichen Ächtung weiter beschreiten und die Bundesregierung dabei mitnehmen.



Xanthe Hall ist
Atomwaffencampaignerin
und Leiterin der
Geschäftsstelle der
deutschen IPPNW.